

## Fragen und Antworten

### Was die Initiative will

- Bund, Kantone und Gemeinden erheben neue Steuern auf Erträgen und Wertsteigerungen von Vermögen (sog. Kapitaleinkommen).
- Die Initiantinnen wollen, dass neu auch Wertsteigerungen im Privatbesitz (heute steuerfrei) voll als Einkommen besteuert werden.
- Neben dieser neuen Steuer, die für alle gilt, wird eine Zusatzsteuer ab einem noch zu definierendem Schwellenbetrag eingeführt. Unter der Schwelle sind alle Kapitaleinkommen inkl. Wertsteigerungen zu 100% steuerbar, über der Schwelle zu 150%.
- Die Steuererträge fliessen in die soziale Wohlfahrt oder sollen die Steuerbelastung des Mittelstands senken.
- Da die Initiative sehr offen formuliert ist, kann im Moment weder gesagt werden, wer die Steuern bezahlt, noch wer von den Erträgen profitieren soll.

Behauptung	Richtigstellung
<p><b>Mehr Gerechtigkeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Die Initiative schafft <b>Gerechtigkeit</b>, denn sie sorgt dafür, dass die Lohnabhängigen mehr Geld zum Leben erhalten.</li><li>▪ Abzocker, die nur von Kapitaleinkommen – und somit von der Arbeit anderer leben - sollen höher besteuert werden.</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Kapitalgeberinnen und Lohnempfänger gegeneinander auszuspielen ist reine Klassenkampf-Rhetorik. Klar ist: für anhaltenden Wohlstand braucht es beide.</li><li>▪ Gemäss Schätzungen der OECD liegt der mittlere, preisbereinigte Lohn in keinem Land höher als in der Schweiz. Neben guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft liegt das insbesondere auch am hohen Kapitalbestand. Dieser ist angelegt in Form modernster Produktionsmittel und Technologien, welche die Produktivität der Arbeitnehmenden steigern und so hohe Lohnzahlungen erlauben. Kurzum: Der hohe Kapitalbestand ist Garant für hohe Löhne!</li><li>▪ Sinken der Kapitalbestand und die Investitionen aufgrund hoher Steuern, so wird sich dies auch in tieferen Löhnen niederschlagen. Den Lohnabhängigen bleibt dann mit Sicherheit weniger zum Leben.</li></ul>
<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Es besteht <b>Handlungsbedarf</b>, denn Reiche werden immer reicher, Arme immer ärmer.</li><li>▪ Das reichste Prozent besitzt heute über 40% des Gesamtvermögens (Ungleichheit nimmt zu).</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Falsch. Die Einkommensverteilung ist in der Schweiz sehr gerecht (vgl. Grafiken Musterpräsentation).<ol style="list-style-type: none"><li>1. Bereits die Markteinkommen der Haushalte (vor staatlicher Umverteilung) sind im internationalen Vergleich äusserst gleichmässig verteilt.</li><li>2. Zusätzlich sorgt das Steuersystem für Umverteilung von oben nach unten. Mit der progressiven Einkommensteuer und der Vermögenssteuer ist die Steuerbelastung auf Kapitaleinkommen beträchtlich.</li><li>3. Hinzu kommen die stark durch hohe Einkommen finanzierten Sozialversicherungen (AHV, ALV).</li></ol></li><li>▪ Die Ungleichheit ist in der Schweiz auch über die Zeit stabil und nimmt keinesfalls zu. Das gilt für die allgemeine Ungleichheit gemessen am Gini-Koeffizient. Das gilt für die Top-Einkommen (ganz im Gegensatz etwa zur USA) und das gilt auch für die Aufteilung des Volkseinkommens auf die Lohnempfänger und Kapitalgeberinnen.</li></ul>

Behauptung	Richtigstellung
	<p>Kurzum: In allen Verteilungsdimensionen zeigt die Schweiz eine hohe Stabilität.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Pensionskassenvermögen (rund 1000 Milliarden Franken) sind nicht steuerbar und fehlen deshalb in der von der Juso verwendeten Statistik des «steuerbaren Vermögens». Jeder Arbeitnehmende baut aber in der Pensionskasse über monatliche Lohnbeiträge ein persönliches Vermögen auf, das für den Kauf von Wohneigentum, für Firmengründungen und als Kapitalbezug bei der Pensionierung individuell genutzt werden kann. Gesamthaft besitzt das reichste Prozent klar unter 30 Prozent des Vermögens, ein Wert der langfristig in der Schweiz rückläufig ist (Ungleichheit der Vermögen nimmt langfristig ab, vgl. Grafik in der Musterpräsentation).</li> </ul>
<p>Geld arbeitet nicht – Menschen arbeiten.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Das ist klassenkämpferische Rhetorik ohne Substanz. Die JUSOs sind mit Genosse Marx im 19. Jahrhundert stehen geblieben. Schwarz-Weiss wird unterschieden zwischen guten «Arbeitern» und bösen «Kapitalisten».</li> <li>▪ Allen ist klar, dass es ein Zusammenspiel von Arbeitskraft, Knowhow sowie von Kapital braucht, um jedes Produkt herzustellen. Egal ob Spargel, Zahnbürste oder Dampfturbine.</li> <li>▪ Das Beispiel der Schweiz zeigt beispielhaft, wie dieses Zusammenspiel Wohlstand für alle generiert. In kaum einem Land gibt es so viele zukunftsfähige Lehrstellen und so gut bezahlte Arbeitsplätze. Die hohen Löhne in der Schweiz sind nicht zuletzt Ergebnis des hohen Kapitalbestands und der guten Rahmenbedingungen für Investitionen in innovative Unternehmen.</li> </ul>
<p>Je höher die Kapitaleinkommen, desto tiefer die Löhne.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Falsch! Gemäss Schätzungen der OECD liegt der mittlere, preisbereinigte Lohn in keinem Land höher als in der Schweiz.</li> <li>▪ Neben guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft liegt das insbesondere auch am hohen Kapitalbestand. Dieser ist angelegt in Form modernster Produktionsmittel und Technologien, welcher die Produktivität der Arbeitnehmenden steigert und so hohe Lohnzahlungen erlaubt.</li> <li>▪ Kurzum: Das Gegenteil ist richtig. Der hohe Kapitalbestand ist Garant für hohe Löhne!</li> <li>▪ Auch ist die Verteilung des Einkommens zwischen Arbeit und Kapital in der Schweiz sehr konstant. Stabile gut 70 Prozent des Volkseinkommens gehen an die Lohnempfänger.</li> </ul>
<p><b>Schafft konsequente Rückverteilung:</b> Die Initiative will ...</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ ...rund 10 Milliarden leistungsfreie Einnahmen an die arbeitende Bevölkerung rückverteilen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Juso unterschlägt, dass das Schweizer Steuersystem bereits heute sehr fair ausgestaltet ist und mehrere Steuern kennt, die in erster Linie von den Reichsten bezahlt werden. Über die staatlichen Leistungen wie Bildung, Infrastruktur und die Sozialwerke fliessen diese Mittel zurück an die Bevölkerung.             <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Schweiz hat – als eines von ganz wenigen Ländern weltweit – noch immer eine substantielle Vermögenssteuer. Damit ist die Schweiz ein internationaler Sonderfall!</li> </ol> </li> </ul>

Behauptung	Richtigstellung
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ ...Geld denen <b>zurückgeben</b>, die dafür gearbeitet haben.</li> <li>▪ ...Gewinne <b>rückverteilen</b>, die von Reichen auf dem Rücken der Lohnabhängigen eingestrichen wurden.</li> <li>▪ ...bringt Geld zurück zu denen, die den gesellschaftlichen Wohlstand erarbeitet haben.</li> </ul>	<ol style="list-style-type: none"> <li>2. Die direkte Bundessteuer ist zudem so stark progressiv, dass die unteren 50% praktisch nichts bezahlen, die obersten 5% aber zwei Drittel der Bundessteuer leisten. D.h. die Bundessteuer ist faktisch eine Reichensteuer!</li> <li>3. Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden) sind bereits heute steuerpflichtig und unterliegen der vollen Progression (was international keineswegs die Regel ist). Neu wollen die Jusos auch private Kapitalgewinne (d.h. Wertsteigerungen im Privatbesitz) voll besteuern und eine zusätzlich überhöhte Sondersteuer über einem Schwellenwert einführen.</li> <li>4. In allen Kantonen gibt es bereits Grundstückgewinnsteuern beim Verkauf von Wohneigentum. Die Juso will eine zusätzliche Steuer auch auf Bundesebene einführen.</li> </ol> <p>Insgesamt kennt die Schweiz also bereits heute eine starke Umverteilung von oben nach unten über das Steuersystem. Zusätzlich verstärkt wird diese Umverteilung durch die Sozialwerke und dabei insbesondere die solidarisch finanzierte AHV.</p>
<p>Ein <b>Freibetrag</b> garantiert, dass nur jene Personen betroffen sind, die so viel Kapitaleinkommen haben, dass sie nicht arbeiten müssen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Das ist arglistige Täuschung der Stimmberechtigten. Dieser Betrag garantiert überhaupt nichts.             <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Im Initiativtext ist von keinem Steuer-Freibetrag die Rede. In Tat und Wahrheit ist es lediglich ein Schwellenbetrag.</li> <li>2. Die JUSO will, dass auch unterhalb(!) des Schwellenbetrags eine neue Steuer eingeführt wird. Wertsteigerungen im Privatbesitz (heute steuerfrei) sollen ab dem ersten Franken zu 100% (Faktor 1) besteuert werden. Lediglich die überhöhte Zusatzbesteuerung zu 150% (Faktor 1.5) wird durch den Schwellenbetrag begrenzt.</li> <li>3. Trotz Schwellenbetrag wird auch der Mittelstand von der überhöhten 150% Zusatzsteuer betroffen sein. Grund ist, dass sich Wertsteigerungen über viele Jahre kumulieren und erst beim Verkauf eines Vermögenswertes besteuert werden. Über viele Jahre gesehen, wird die Wertsteigerung (bspw. bei einem Eigenheim oder einer Startup-Beteiligung) 100'000 Franken in den meisten Fällen deutlich überschreiten.</li> </ol> </li> <li>▪ Es ist deshalb eine dreiste Irreführung, mit Verweis auf diesen Schwellenwert zu behaupten, nur die Reichsten wären betroffen. Faktisch wird ein Grossteil der Mittelschicht zumindest einmal im Leben von der überhöhten Zusatzbesteuerung betroffen sein.</li> <li>▪ Im Kern werden zwei neue Steuern eingeführt, die breite Kreise treffen!             <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Eine neue Steuer auf Wertsteigerungen im Privatbesitz (heute steuerfrei) ab dem ersten Franken (Faktor 1)</li> <li>▪ Eine Zusatzsteuer (Faktor 1,5) ab einem gewissen Schwellenbetrag.</li> </ul> </li> </ul>

Behauptung	Richtigstellung
<p><b>Ein starker Service Public und eine Entlastung der Löhne! Mehr Geld im Portemonnaie!</b></p> <p>Die Einnahmen entlasten mittlere und tiefe Einkommensschichten. Steigende Mieten und Krankenkassenprämien fressen einen immer grösseren Teil des Einkommens der Menschen. Die 99%-Initiative entlastet die Löhne durch Steuersenkungen und stärkt den Service Public, z.B. durch höhere Prämienverbilligungen, Investitionen in Kitas oder einen Ausbau des ÖVs.</p>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. Die Mehreinnahmen sind mit Sicherheit deutlich tiefer als von der JUSO geschätzt. So weist der Bundesrat in der Botschaft darauf hin,<sup>1</sup> dass sich die Kapitaleinkommen stark reduzieren, wenn sie dermassen stark besteuert werden, denn Investitionen lohnen sich dann kaum noch. Zudem gerät die kantonale Vermögenssteuer unter Druck, weil sie dasselbe Steuersubstrat belastet. Die kantonalen Finanzdirektoren sind aus diesem Grund strikt gegen die Steuer-Initiative der JUSO.<sup>2</sup></li><li>2. Die Juso baut Luftschlösser und macht leere Versprechen, indem sie von der sozialen Wohlfahrt spricht und möglichst alle als Profiteure darstellt. Wenn aber von einem «Geldregen» für alle, von Prämienverbilligungen über Kinderkrippen bis zu Bildung und dem öffentlichen Verkehr die Rede ist, dann sollte das stutzig machen.</li><li>3. Menschen mit tiefen Löhnen und Familien mit mittleren Einkommen bezahlen bereits heute äusserst geringe Einkommenssteuern. Entsprechend können sie auch steuerlich nicht entlastet werden. Sollen diese Personenkreise profitieren, dann muss der Wohlfahrtsstaat ausgebaut.</li></ol>
<p><b>Solidarische Steuerpolitik – gegen Abbaumassnahmen:</b></p> <p>Durch den Steuerwettbewerb fehlt dem Staat Geld für Bildung, Gesundheit, Infrastruktur etc.</p>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Die Juso macht Polemik um Einzelfälle. Fakt ist, die Staatsausgaben und insbesondere die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt sind in den letzten Jahren stark gewachsen – und deren Wachstum liegt klar höher als das Wirtschaftswachstum.</li><li>▪ Jedes Mal, wenn der Bund oder ein Kanton Prioritäten setzt und bestimmte Ausgaben anders einsetzt, reklamiert die Linke einen allgemeinen Abbau. Werden neue Ausgaben getätigt etwa für die Forschung, den Ausbau der Schieneninfrastruktur oder die Sanierung der Sozialwerke, hat man von Links noch nie die Forderung nach einer Kompensation gehört.</li><li>▪ Das stetige Ausgabenwachstum ist nur dank einer gut laufenden Wirtschaft finanzierbar. Eine Steuerpolitik, welche Investitionen behindert, führt mittelfristig klar zu Steuereinbussen. Das ist nicht nachhaltig.</li><li>▪ Die «Reichen» finanzieren mit ihren Steuern bereits heute einen grossen Teil der Staatsausgaben. Die Vermögenssteuer oder auch die sehr stark progressive Einkommenssteuer beim Bund sind faktisch bereits heute «Reichensteuern». Auch über die AHV wird viel umverteilt.</li></ul>

<sup>1</sup> Botschaft des Bundesrats: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/655/de>

<sup>2</sup> [https://www.fdk-cdf.ch/-/media/FDK\\_CDF/Dokumente/Themen/Steuerpolitik/Einkommenssteuer/200602\\_99InitiativeMM\\_DEF.pdf?la=de-CH](https://www.fdk-cdf.ch/-/media/FDK_CDF/Dokumente/Themen/Steuerpolitik/Einkommenssteuer/200602_99InitiativeMM_DEF.pdf?la=de-CH)

Behauptung	Richtigstellung
<p><b>Schluss mit Privilegien!</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Abschaffung des Dividendenprivileg der Grossaktionäre</li> <li>▪ Abschaffung steuerfreier Dividenden (Kapitaleinlageprinzip)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Rede vom «Dividendenprivileg» ist reine Polemik.                             <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Teilbesteuerung der Dividenden ist eine Massnahme von der hauptsächlich KMUs profitieren. «Grossaktionär» meint denn auch KMU-Inhaber, die ihr persönliches Vermögen im eigenen Unternehmen investiert haben und so mehr als 10% der Aktien ihres eigenen Unternehmens besitzen.</li> <li>2. Die geltende Teilbesteuerung der Dividenden ist kein «Privileg», sondern wurde eingeführt, um die Doppelbelastung durch Einkommens- und Gewinnsteuer zu reduzieren. Das ist international absoluter Standard und stellt die Gleichbehandlung von KMU-Unternehmern mit Einzel- und Personenunternehmern sowie Selbständigen sicher.<sup>3</sup> Kurzum: die Abschaffung der Teilbesteuerung macht das Steuersystem ungerechter!</li> </ol> </li> <li>▪ Steuerfreie Dividenden gibt es in der Schweiz nicht. Erlaubt ist lediglich, dass Firmen ihren Aktionären Geld zurückbezahlen, das die Aktionäre zuvor einbezahlt haben. Genauso fällt auch beim Bezug am Bankomaten fällt keine Einkommensteuer an.</li> </ul>
<p><b>Schluss mit Steuerschlupf-löchern – für ein gerechteres Steuersystem</b></p> <p>Die geltende steuerrechtliche Unterscheidung von steuerfreien Kapitalgewinnen und steuerbaren Kapitalerträgen wird abgeschafft.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Schweiz ist eines von weltweit ganz wenigen Ländern, die noch immer eine substanzielle Vermögenssteuer kennt (vgl. Grafik Musterpräsentation).</li> <li>▪ Die Kantone nehmen so jährlich über 7 Milliarden Franken ein.</li> <li>▪ Die Vermögenssteuer ist eine pauschale Besteuerung von Kapitalgewinnen. Das ist sehr effizient.</li> <li>▪ Werden Kapitalgewinne besteuert, dann muss dafür die Vermögenssteuer abgeschafft werden, denn sie belastet genau dasselbe Substrat. Die kantonalen Finanzdirektorinnen lehnen eine Kapitalgewinnsteuer deshalb ab.<sup>4</sup></li> </ul>
<p><b>Steuerdumping stoppen</b></p> <p>Im Gegensatz zu den Nachbarländern müssen in der Schweiz Kapitalgewinne nicht als Einkommen versteuert werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Schweiz ist eines von weltweit ganz wenigen Ländern, die noch immer eine substanzielle Vermögenssteuer kennt (vgl. Grafik Musterpräsentation).</li> <li>▪ Die Kantone nehmen so jährlich über 7 Milliarden Franken ein.</li> <li>▪ Die Vermögenssteuer ist eine pauschale Besteuerung von Kapitalgewinnen. Das ist sehr effizient und bringt stabile Erträge.</li> <li>▪ Andere Staaten haben keine Vermögenssteuer. Stattdessen besteuern sie die volatilen Kapitalgewinne. Damit sind die Steuererträge aber stark abhängig von der Börsenentwicklung. Bei hohen Kapitalverlusten</li> </ul>

<sup>3</sup> [https://zukunft-sichern.ch/wp-content/uploads/2021/05/Steuerinitiative-Nein\\_Faktenblatt\\_KMU.pdf](https://zukunft-sichern.ch/wp-content/uploads/2021/05/Steuerinitiative-Nein_Faktenblatt_KMU.pdf)

<sup>4</sup> [https://www.fdk-cdf.ch/-/media/FDK\\_CDF/Dokumente/Themen/Steuerpolitik/Einkommenssteuer/200602\\_99InitiativeMM\\_DEF.pdf?la=de-CH](https://www.fdk-cdf.ch/-/media/FDK_CDF/Dokumente/Themen/Steuerpolitik/Einkommenssteuer/200602_99InitiativeMM_DEF.pdf?la=de-CH)

Behauptung	Richtigstellung
	bspw. in Börsenkrisen brechen die Einnahmen ein. Die kantonalen Finanzdirektorinnen lehnen eine Kapitalgewinnsteuer auch deshalb ab. <sup>5</sup>
Kapitaleinkommen wurde in den letzten Jahren steuerlich immer stärker privilegiert.	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Falsch! Die Linke hat hier ein sehr einseitiges Gedächtnis der Steuerreformen.</li><li>▪ Eine Auflistung der Reformen der direkten Bundessteuer der letzten Jahre zeigt, dass Steuerentlastungen zugunsten der Privathaushalte gegenüber Unternehmern und Firmen klar überwogen haben, und zwar, bezogen auf die Mindereinnahmen für den Bund, etwa um einen Faktor zwei.</li><li>▪ Beispiele sind:<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Sofortmassnahmen Ehe- und Familienbesteuerung (2008: CHF 650 Mio.)</li><li>▪ Ausgleich kalte Progression (2011: CHF 360 Mio.)</li><li>▪ Familienbesteuerung/Elterntarif (2011: CHF 300 Mio.)</li><li>▪ In Planung sind zudem Abschaffung Heiratsstrafe (ca. CHF 1'200 Mio.), Abschaffung Eigenmietwert (ca. CHF 400 Mio.) und Höhere Abzüge für die Krankenkasse (ca. CHF 350 Mio.).</li></ul></li></ul>
<b>Frauen stärken! Ein Schritt in eine feministische Zukunft!</b> Frauen leisten in der Schweiz noch immer doppelt so viel unbezahlte Arbeit im Haushalt und erhalten tiefere Löhne für dieselbe Arbeit. Armut ist in der Schweiz vorwiegend weiblich. Mit der 99%-Initiative ermöglichen wir einen Ausbau des Service Public und eine Entlastung der tiefen Einkommen, wovon insbesondere Frauen profitieren.	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Das ist etwas gar weit hergeholt. Die Initiative baut in erster Linie die staatliche Umverteilung aus. Das ist keine Stärkung der Frauen, sondern höchstens eine Symptombekämpfung, die das Bild der «Schwachen Frauen» zementiert.</li></ul>
<b>Weniger Krisen auf dem Buckel der 99%!</b> Mit dem Anstieg der Vermögensungleichheit droht sich unser Wirtschaftssystem selbst zu zerfleischen. Die Konzentration des	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Die Schweiz als Hort von Krisen? Nichts könnte falscher sein. Die Finanz-, die Euro-Schulden- und die Corona-Krise hatten ihren Ursprung ausserhalb der Schweiz. Im Gegenteil, kaum ein Land wirtschaftlich ist so gut durch diese Krisen gekommen wie die Schweiz. Dies dank einer soliden und stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik.</li><li>▪ Die Ungleichheit der Vermögen in der Schweiz geht langfristig zurück. Selbst in den vielgelobten Nachkriegsjahren war die Vermögenskonzentration noch deutlich höher als heute.</li></ul>

<sup>5</sup> [https://www.fdk-cdf.ch/-/media/FDK\\_CDF/Dokumente/Themen/Steuerpolitik/Einkommenssteuer/200602\\_99InitiativeMM\\_DEF.pdf?la=de-CH](https://www.fdk-cdf.ch/-/media/FDK_CDF/Dokumente/Themen/Steuerpolitik/Einkommenssteuer/200602_99InitiativeMM_DEF.pdf?la=de-CH)

Behauptung	Richtigstellung
<p>Reichtums in den Händen einer kleinen Minderheit begünstigt Wirtschaftskrisen, während die Kaufkraft der breiten Bevölkerung sinkt. Darunter leiden die 99% und insbesondere kleine Unternehmen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die JUSO vergisst systematisch und absichtlich die Pensionskassenvermögen (rund 1'000 Milliarden Franken). Diese sind nicht steuerbar und fehlen deshalb in der von der JUSO verwendeten Statistiken des «steuerbaren Vermögens». Jeder Arbeitnehmende baut aber in der Pensionskasse über monatliche Lohnbeiträge ein persönliches Vermögen auf, das für den Kauf von Wohneigentum, für Firmengründungen und als Kapitalbezug bei der Pensionierung individuell genutzt werden kann.</li> <li>▪ Gesamthaft besitzt das reichste Prozent heute klar weniger als 30 Prozent des Vermögens. Ein Wert der zudem langfristig in der Schweiz rückläufig ist (Ungleichheit der Vermögen nimmt langfristig ab, vgl. Grafik in der Musterpräsentation).</li> </ul>
<p>Die Sorge um das Zerstörungspotenzial der sozialen Ungleichheit hat 2013 sogar den <b>Internationalen Währungsfonds</b> auf den Plan gerufen, eine Organisation. Auch der IMF forderte in der Folge eine höhere Besteuerung der Reichsten.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Der IMF hat seinen Sitz in Washington. Die internationale Debatte zum Thema Ungleichheit ist darum generell stark geprägt durch Entwicklungen in den USA. Daraus Schlussfolgerungen für die Schweiz zu ziehen ist allerdings irreführend.</li> <li>▪ Das zeigt sich etwa im Vergleich der Top-Einkommen. Der Einkommensanteil der Top 1 Prozent schwankt in der Schweiz seit 1933 stabil um rund 10 Prozent. Befanden sich die USA 1975 noch auf demselben Niveau wie die Schweiz, haben sich die Werte seither auf über 20 Prozent verdoppelt.</li> <li>▪ Diese Entwicklung in den USA ist denn auch tatsächlich besorgniserregend, hat aber mit den Erfahrungen der Schweiz eigentlich nichts zu tun.</li> </ul>
<p><b>Eine Stärkung der Demokratie!</b></p> <p>Die soziale Ungleichheit droht unsere Gesellschaft zu zerreißen. Superreiche kaufen sich ganze Medienhäuser und beeinflussen die Politik durch Lobbying und teure Abstimmungskampagnen. Die Folge sind undemokratische Machtverhältnisse auf Kosten der 99%. Unsere Initiative gibt Gegensteuer.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Behauptung, Reiche könnten den politischen Prozess in der Schweiz mit Geld beeinflussen ist unglaubwürdig. Die direktdemokratische Mitsprache des Volkes, die Konkordanz, das Milizprinzip und der Föderalismus verhindern erfolgreich jegliche Machtkonzentration in diesem Land.</li> </ul>
<p>Mehreinnahmen von 8 Milliarden? 5 oder 10 Milliarden?</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die Initiative ist viel zu offen formuliert, um die Mehreinnahmen seriöse berechnen zu können. Die Jungsozialisten sprachen bei der Lancierung von 8 Milliarden, heute von 5 oder 10 Milliarden pro Jahr für Bund, Kantone und Gemeinden.</li> <li>▪ Tatsächlich muss die Juso-Schätzung stark angezweifelt werden. Insbesondere die Einnahmen der «Reichen» werden überschätzt. Dazu</li> </ul>

Behauptung	Richtigstellung						
	<p>einige Passagen aus der offiziellen Botschaft des Bundesrats:<sup>6</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Die finanziellen Auswirkungen einer stärkeren Besteuerung von Kapitaleinkommen können nicht geschätzt werden. Erstens besteht angesichts des erheblichen Interpretationsspielraums zum jetzigen Zeitpunkt eine zu grosse Unsicherheit darüber, wieder Gesetzgeber die Initiative bei einer Annahme umsetzen würde. Zweitens fehlen die Datengrundlagen. Drittens ist keine hinreichend präzise Abschätzung der Verhaltensanpassungen möglich.</li> <li>▪ Im Bereich der Reformen der Kapitaleinkommensbesteuerung ist jedoch mit erheblichen Verhaltensanpassungen der Wirtschaftsakteure an die veränderten steuerlichen Rahmenbedingungen zu rechnen. Es ist davon auszugehen, dass die steuerbaren Kapitaleinkommen eine hohe Steuerempfindlichkeit aufweisen. Ihre Höhe könnte sich signifikant reduzieren, wenn sie stärker besteuert werden (vgl. dazu Ziff. 4.3.4).</li> <li>▪ Eine weitere Verhaltensanpassung könnte in steuerpolitischen Reaktionen der Kantone liegen. Weil hohe Kapitaleinkommen stärker besteuert werden müssen als andere Einkommensarten, könnten die Kantone aus standortpolitischen Überlegungen darauf mit generellen Steuersenkungen, insbesondere für Gutverdienende, reagieren. Dies würde der Erhöhung der Steuerbelastung auf Kapitaleinkommen entgegenwirken.</li> </ul>						
	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Interessant ist, <u>woher</u> die JUSO die Einnahmen erwarten.<sup>7</sup> Nur rund die Hälfte von 4,5 Milliarden Franken stammen von der Zusatzbesteuerung der Reichsten 1%. Sogar gemäss den Berechnungen der Juso ist der Mittelstand massiv betroffen ist!</li> </ul> <table border="1" data-bbox="544 1227 1370 1375"> <tr> <td>Mehrertrag durch 1,5fache Besteuerung</td> <td>Mehrertrag durch Besteuerung der Kapitalgewinne</td> <td>Mehrertrag durch Aufhebung der Privilegien</td> </tr> <tr> <td>ca. 4,5 Milliarden</td> <td>ca. 2,8 Milliarden</td> <td>ca. 1.3 Milliarden</td> </tr> </table>	Mehrertrag durch 1,5fache Besteuerung	Mehrertrag durch Besteuerung der Kapitalgewinne	Mehrertrag durch Aufhebung der Privilegien	ca. 4,5 Milliarden	ca. 2,8 Milliarden	ca. 1.3 Milliarden
Mehrertrag durch 1,5fache Besteuerung	Mehrertrag durch Besteuerung der Kapitalgewinne	Mehrertrag durch Aufhebung der Privilegien					
ca. 4,5 Milliarden	ca. 2,8 Milliarden	ca. 1.3 Milliarden					
<p>Es ist keine neue Steuer! Die bestehende Einkommenssteuer wird nur etwas ausgebaut (Steuerschluflächer geschlossen).</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Doch, es sind neue Steuern! Im Kern werden zwei neue Steuern eingeführt, die breite Kreise treffen.           <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Eine neue «Kapitalgewinnsteuer» auf Wertsteigerungen im Privatbesitz (heute steuerfrei)</li> <li>▪ Eine Zusatzsteuer (Faktor 1,5) auf Kapitalerträgen und Wertsteigerungen ab einem gewissen Schwellenbetrag</li> </ul> </li> </ul>						

<sup>6</sup> Botschaft des Bundesrats: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/655/de>

<sup>7</sup> Ausführliches Argumentarium 99%-Initiative, Seite 13: [https://99prozent.ch/wp-content/uploads/2018/12/Argumentarium\\_ausf%C3%BChrlich\\_99-Initiative.pdf](https://99prozent.ch/wp-content/uploads/2018/12/Argumentarium_ausf%C3%BChrlich_99-Initiative.pdf)

Behauptung	Richtigstellung
Es gibt heute bereits eine Gewinnsteuer für Immobilienbesitzer!	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Ja und Nein. Bund und Kantone sind zu unterscheiden. Der Bund besteuert heute Gewinne aus privatem Verkauf von Grundstücken nicht. Die Juso will das aufgeben – es gibt eine neue Bundessteuer.<sup>8</sup><ul style="list-style-type: none"><li>▪ Private Besitzer verkaufen ein Haus oder ein Stück Land oft mit Gewinn. Alle Kantone besteuern diesen Gewinn. Meistens erheben die Kantone selber die Steuern, in einigen Kantonen auch die Gemeinden. In den Kantonen ZG und ZH sind es nur die Gemeinden. Der Bund besteuert Gewinne aus dem privaten Verkauf von Grundstücken nicht.</li><li>▪ Die Höhe der Steuer hängt meist vom Gewinnbetrag aus dem Verkauf sowie der Besitzesdauer ab. Diese Regelung richtet sich gegen Immobilienspekulanten mit kurzfristigen Anlagehorizont und privilegiert bewusst Eigenheimbesitzerinnen.</li></ul></li></ul>

### Die Pläne der Jungsozialisten

Am 19. Juni 2021 beschlossen die Juso Schweiz eine neue Volksinitiative – im engeren Sinne eine sozialistische **Enteignungsinitiative**<sup>9</sup>. Die Initiative verlangt eine Begrenzung der Vermögen auf 100 Millionen Franken.

<sup>8</sup> <https://www.ch.ch/de/grundstueckgewinnsteuer/>

<sup>9</sup> <https://juso.ch/de/medien/medienmitteilungen/juso-beschliesst-neue-initiative-die-reichsten-sollen-fur-klimaschutz-bezahlen/>